

Heimat und Identität als kulturpolitische Herausforderungen

Sabine Dengel

In den kulturpolitischen Debatten der Jahre 2017 bis 2019/20 avancierten die Begriffe »Heimat« und »Identität« zu Schlüsselbegriffen. Auch die Kulturpolitische Gesellschaft (KuPoGe) war daran mit ihrem 10. Kulturpolitischen Bundeskongress »Kultur.Macht.Heimaten. Heimat als kulturpolitische Herausforderung« und dem gleichnamigen Jahrbuch 2019/20 beteiligt. Manchen Beobachter*innen erschien dies schon damals als »eine Art Endlosschleife«, als »Murmeltiertag« nach der amerikanischen Komödie »Und täglich grüßt das Murmeltier«, in der der Protagonist einen durch gleiche Ereignisse und Begegnungen strukturierten Tag wieder und wieder durchleben muss, »bis er seine Selbstbezogenheit und seine Geringschätzung gegenüber den einfachen Realitäten des Lebens verliert« (Adam 2020: 126f.). In der Tat war das Thema »Heimat« in den letzten Jahrzehnten unterschwellig in den gesellschafts- und kulturpolitischen Debatten stets präsent und trat immer dann an die Oberfläche, wenn die gesellschaftliche Lage sich zuspitzte. War die intensive kulturpolitische Auseinandersetzung mit dem Heimatbegriff, die 2019 in den 10. Kulturpolitischen Bundeskongress mündete, nur ein – von sozialdemokratischer Tradition beeinflusster – Versuch der Beförderung des gesellschaftlichen Zusammenhalts in einer als krisenhaft wahrgenommenen Gegenwart? (vgl. Strommenger 2024)

Heimat als Kulturkonflikt

Solche Argumentation erkennt zum einen den neuartigen Charakter der damaligen Herausforderungen, zum anderen übersieht sie den Versuch der kulturpolitischen Akteure, mithilfe der Traditionsvokabeln einen schwierigen, notwendigen und kontroversen Diskurs zu einem Zeitpunkt zu führen, dem von soziologischer Seite ein »Paradigmenwechsel« (Reckwitz 2019)¹, von politisch-philosophischer Seite der Beginn

1 Siehe insbes. Kapitel 5: Die Krise des Liberalismus und die Suche nach dem neuen politischen Paradigma: Vom apertistischen zum einbettenden Liberalismus, S. 239–304.

einer »Zeitenwende« (vgl. z.B. Friedman/Welzer 2020)² und von politikwissenschaftlicher Seite eine tiefgreifende Polarisierung der Gesellschaft (z.B. Merkel 2016) attestiert wurde. Das mag in der Rückschau – nach der Corona-Pandemie, nach dem Beginn des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine, nach der erneuten Trump-Wahl in den USA und den nie dagewesenen Erfolgsquoten der AfD bei mehreren Landtagswahlen und der Bundestagswahl im Februar 2025³ – als vergleichsweise harmlos bewertet werden können. Aber so funktionieren Historizitätsregime nicht. Zu jedem Zeitpunkt, aber gerade in Zeiten des Umbruchs versuchen sich Gesellschaften neu zwischen Vergangenheit und Zukunft zu verorten und entwickeln je verschiedene gegenwärtige Zeitempfindungen und Zukunftsvorstellungen.³ Der »Spirit« der Jahre 2016 bis 2019 war zwar noch nicht wie im heutigen Maße durch die Eskalation von – auch existenziellen – Verlustängsten und Verlusterfahrungen geprägt, wie Andreas Reckwitz (2024) sie in seiner jüngsten Publikation analysiert. Aber diese Entwicklung deutete sich bereits an. So konstatierten Sievers et al. in ihrer Einleitung zum Jahrbuch für Kulturpolitik 2019/20, dass »Heimat offenbar als politisches Mittel gegen identitäre Verunsicherungen und lebensweltliche Verlusterfahrungen ins Spiel gebracht« (Sievers et al. 2020: 18) werde. Die damals dominanten sozial- und kulturwissenschaftlichen Forschungsthemen und Publikationen verwiesen mit ihren Fragestellungen und Diagnosen bereits auf die neuralgischen Punkte der heute als »Polykrise« wahrgenommenen Gegenwart.

Bemerkenswert an diesem Diskurs war, inwiefern es in allererster Linie die kulturpolitischen Akteure waren und bis heute sind, die von diesen Fragen adressiert wurden, und nicht etwa Wirtschafts-, Finanz- oder Arbeits- und Sozialpolitiker*innen. Auch wenn ungleiche Lebensverhältnisse bei Fragen der Beheimatung eine zentrale Rolle spielten, ging es bei den großen gesellschaftlichen Bruchlinien weniger um Verteilungsfragen als um Milieuzugehörigkeiten, (kulturelle) Identitäten, Wertorientierungen und emotionale Befindlichkeiten, die sich – diskutiert auf den »Bühnen« der Kultureinrichtungen – politisch immer stärker auszuwirken begannen. Kulturpolitik wurde in neuer Weise demokratiepolitisch herausgefordert. Nicht hilfreich dabei war, dass bewährte Ordnungs- und Deutungsmuster der sozialen Wirklichkeit in Auflösung gerieten: Die politischen Zuordnungen »rechts« und »links«, die progressive und emanzipative Deutung der Aufklärung und die damit verbundenen Vorstellung eines fortlaufenden Prozesses der Rationalisierung, die Verpflichtung der Wissenschaften auf Wertneutralität und Wahrheit gerieten – vorher unvorstellbar – in postmoderne Turbulenzen (vgl. Paoli 2017). Im Nachhinein muss gesagt werden: »Sie gerieten erst«, denn der in der Hauptsache von Andreas Reckwitz beschriebene Prozess einer »Kulturalisierung« aller Lebensbereiche hatte bereits in den 1970er Jahren seinen Ausgang genommen und das Ende der Nachkriegsmoderne mit ihrer nüchternen Sachlichkeit, ihrer kühlen Emotionalität und ihrer primären Orientierung am gesellschaftlich Allgemeinen eingeläutet (Reckwitz 2013).

2 Der Begriff der Zeitenwende wurde insbesondere mit der Zeitenwende-Rede von Bundeskanzler Olaf Scholz 2022 zu einem der medial meistdiskutierten Begriffe der Jahre 2022 und 2023.

3 Vgl. François Hartog: *Régimes d'historicité. Présentisme et expérience du temps*, Paris: Le Seuil, 2003, F. Hartog. *Régimes d'historicité. Présentisme et expérience du temps* (letzter Zugriff: 31.12.2024).

Reckwitz arbeitete in unterschiedlichen Schriften zentrale Kategorien heraus, die für den kulturpolitischen Diskurs der zweiten Dekade des 21. Jahrhunderts grundlegend wurden und in die konzeptionellen Überlegungen der Kulturpolitischen Bundeskongresse gegen Ende dieses Jahrzehnts maßgeblich einfließen. Im Fall des Kongresses »Kultur.Macht.Heimaten« war dies an erster Stelle »Die Gesellschaft der Singularitäten. Zum Strukturwandel der Moderne« und des darin thematisierten Kulturkonflikts zwischen Hyperkultur und Kulturessenzialismus (Reckwitz 2017: 2017–223). Er widmete sich darin zentral der damals noch keineswegs selbstverständlichen Frage nach Struktur und Funktionsweisen der tiefgreifenden kulturellen Konflikte in den Gegenwartsgesellschaften des globalen Westens sowie den Gründen für den zunehmenden Erfolg rechtspopulistischer und rechtsextremer Politikakteure und Parteien.

Nach Reckwitz ist die Spätmoderne gekennzeichnet durch eine zweifache »Kulturalisierung der Politik«, die auf der einen Seite mit dem Begriff einer »Hyperkultur« oder eines »Kosmopolitismus« im Sinne eines apertistischen und differenziellen Liberalismus auf Öffnung, Grenzüberschreitung sowie eine Politik der Pluralisierung, Differenzierung und Singularisierung hinwirkt. Daneben beobachtet er eine antagonistische, kulturessentialisierende bzw. kommunitaristische Bewegung von identitären kulturellen Gemeinschaften, die eine meist antimodernistische Politik der Schließung, Ausgrenzung und Abschließung nach innen verfolgen. Auch diese Gruppierungen »singularisieren«, aber nicht das einzelne Individuum, sondern ihre vermeintlich einzigartige Herkunft, Tradition, Religion, Kultur, Nation, Identität etc. Während es Varianten der friedlichen Koexistenz dieser sozialen Erscheinungsform gibt – die Kosmopoliten betrachten die Kommunitären etwa im Kontext multikultureller Prämissen als bereichernde kulturelle Community; die Kommunitären bewerten die Vertreter*innen der Hyperkultur als abgegrenzte Gruppe mit kulturellen Eigenheiten –, kommt es in der jüngsten Vergangenheit mehr und mehr zu tiefgreifenden Verwerfungen und Polarisierungen: hier die offene, linksliberale Hyperkultur mit ihren Kosmopoliten, dort die geschlossene Welt des Kulturessenzialismus mit ihren Kommunitaristen.

Mit seinen Publikationen lieferte Reckwitz geeignete Ansatzpunkte zur Operationalisierung der Begriffe »Heimat« und »Identität« für die kulturpolitischen Metadebatten: Die Renaissance des Heimatbegriffs als *Gefühlsbegriff*, der jene affektive Qualität habe, die die Menschen der Spätmoderne anspreche, und der sich als ideologisches Konstrukt für politische Diskriminierungen eigne (vgl. Sievers et al. 2020: 19), wurde verstehbar. Kommunitaristisch gedeutet kann »Heimat« zum Kampfbegriff für all jene avancieren, die sich von der »Hyperkultur« einen Angriff auf ihr Konzept der Inwertsetzung des eigenen Kollektivs erwarten. Dass »Heimat« ein »schillernder und problematischer Begriff« (Sievers et al. 2020: 17) mit einer ambivalenten Vergangenheit war, der deuthing offen von unterschiedlichen politischen Positionen besetzt und gesellschaftlich kontrovers diskutiert wurde, ändert nichts daran, dass er für die Bearbeitung der damaligen kulturpolitischen Fragestellungen (bedingt) geeignet war, obwohl diese Eignung immer wieder hinterfragt wurde. Es lohnt sich nach wie vor hinzuschauen, »warum sich die Frage stellt und was die Leute mit der Frage anstellen«, so Armin Nassehi im Editorial zum 2019 erschienenen Kursbuch »Heimatt« (»Das ganze Gerede um Heimat ermattet uns langsam ...«) (Nassehi 2019). Beide Teilfragen können gleichermaßen vorläufig mit dem Halbsatz »aus politischen Gründen« beantwortet werden. Es mag sein, dass Hei-

mat aus der Sicht der Psychologie eine »subjektive Konstruktion« ist, die sich »gar nicht für kollektive Entwicklungen politisch vereinnahmen« (Lätzel 2020: 96) lässt, aber die Besetzung des Heimatkonstrukts mit politisch hochrelevanten – aber kosmopolitisch versus kommunitaristisch kontroversen – Streitfragen der Zeit war einer der Hauptgründe, warum das Thema in den Feuilletons heiß lief und von der Kulturpolitischen Gesellschaft als Schwerpunktthema aufgegriffen und intensiv bearbeitet wurde. Eine dieser Streitfragen betraf die »Identitätspolitik« und damit verbundene Fragen von Migration, Gender und Diversität; eine andere die Verfasstheit des westlichen Liberalismus und der Entgrenzungspolitik, die – als fast vierzig Jahre dominierendes Paradigma über alle Parteigrenzen hinweg – zum damaligen Zeitpunkt schon deutlich an Problemlösungskapazität verloren hatten (vgl. Reckwitz 2019).

Mit »Heimat« um die Mitte kämpfen

Der Heimatbegriff selbst war für den kulturpolitischen Diskurs das, was mit dem Soziologen Steffen Mau als »Triggerpunkt« (vgl. Mau et al. 2023) eingeordnet werden kann. Vermutlich waren die Jahre 2018 bis 2020 das letzte kleine Zeitfenster, in dem »Heimat« noch konstruktiv kontrovers thematisiert werden konnte. Das lag auch daran, dass die Veranstalter von Anfang an klargemacht hatten, dass es um *Heimaten* im Plural gehen und – fast noch wichtiger – der Diskurs für Kritik offenbleiben musste. »Eine Aufwertung des Heimatbegriffes ist für mich dann – und nur dann – tolerabel«, so der Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung Thomas Krüger in der gemeinsamen Erklärung der Veranstalter des Kulturpolitischen Bundeskongresses, »wenn Kritik daran in der gesellschaftlichen Diskussion ausdrücklich erlaubt bleibt«⁴. Bereits auf dem Kongress war mehrfach der später als Titel einer gleichnamigen Publikation bekannt gewordene Ausspruch »Eure Heimat ist unser Albtraum« (Aydemir/Yaghoobifarah 2019) seitens einiger Kritiker*innen zu hören, die ihre Zweifel am Gelingen einer »Identitätspolitik für alle« hatten und den Fokus auf Ausgrenzungen aus der Mehrheitsgesellschaft, Rassismus und Antisemitismus richteten. Aber es gab Dimensionen der damaligen Gegenwartsprobleme, die viele der Diskursbeteiligten dazu bewogen, sich auf einen Umgang mit Heimat »als kulturelles Konstrukt, als Aneignungsprozess und gelingende gesellschaftliche Klammer« zu verständigen (vgl. Knoblich 2020: 46).

So machte Wolfgang Thierse darauf aufmerksam, dass »Entheimatungsbefürchtungen und Zukunftsunsicherheiten« auch zwischen Ost- und Westdeutschen höchst ungleich verteilt sind (vgl. Thierse 2020: 57). Generell kann konstatiert werden: Nach dem Bewusstwerden, dass die demokratischen Parteien relevante Teile der Bevölkerung verloren hatten und nach der ersten Wahl von Donald Trump in den USA den progressiven politischen Positionen auch die Diskursmacht entglitten war, die sie über Jahrzehnte innegehabt hatten, die Moderne also bereits in ihr »regressives« Stadium eingetreten war (vgl. Nachtwey 2016)⁵, fanden sich die unterschiedlichsten politischen Strömungen in

4 https://www.kupoge.de/wp-content/uploads/2024/09/Pressemitteilung_Bundeskongress_2019.pdf (letzter Zugriff: 5.1.2025)

5 Vgl. insbesondere das dritte Kapitel »Regressive Modernisierung«, S. 71ff.

der Heimatdebatte zusammen. Sie wollten das retten, was die einen als »demokratisches Wir« in einer durch Entfremdungserfahrungen charakterisierten Gesellschaft bezeichneten, andere als Zugehörigkeit, Verwurzelung, kulturell geprägte Lebensart, Sehnsucht nach einer (nie dagewesenen) Welt, in der noch alles in Ordnung war.

Aufgrund der politischen Vereinnahmungen des Heimatbegriffs durch die der Bundesrepublik und der DDR vorangegangenen Regime war dies durchaus heikel und widersprüchlich. Ein Teil der kulturpolitischen Akteure hoffte, mit – unterschiedlich konnotierten – Heimatkonzepten jenen Anteil der politischen Mitte zu erreichen, von dem befürchtet wurde, dass er sich in nicht allzu ferner Zukunft rechten bis rechtsextremen politischen Positionen zuneigen würde. Seitens kosmopolitisch orientierter Vertreter*innen von Politik wurde der Versuch unternommen, völkischen, rechtspopulistischen bis rechtsextremen Heimatkonzepten progressive politische Programme gegenüberzustellen, von denen man annahm, dass sie für die potenziellen oder tatsächlichen AfD-Wähler*innen relevante Aspekte beinhalteten. Dies implizierte auch politische Kurskorrekturen. Linken und Sozialdemokraten in ihren spätmodernen Erscheinungsformen, insbesondere aber der SPD infolge der Politik von Bundeskanzler Gerhard Schröder war in der öffentlichen Debatte nicht selten der Vorwurf gemacht worden, sie stünden kaum noch für eine Transformation des kapitalistischen Wirtschaftssystems und der davon hervorgebrachten Klassenstruktur, sondern für eine an Minderheiten orientierte Identitätspolitik und liberalen »Lifestylekapitalismus« (Sahra Wagenknecht), was die Hinwendung der unteren sozialen Milieus zum politischen Rechtsaußen habe unausweichlich werden lassen.

Unterstützt wurde diese Argumentation von der nach 2016 in Deutschland zum Bestseller avancierten biografisch-politischen Publikation »Rückkehr nach Reims« des französischen Soziologen Didier Eribon, der das Entstehen einer Repräsentationslücke für die unteren Schichten daraus ableitete, dass die linken politischen Kräfte »nicht mehr die Sprache der Regierten, sondern jene der Regierenden« (Eribon 2016: 121) gesprochen hätten, während das Programm der politischen Rechten auf Wiederherstellung von Stolz und (nationaler) Würde den Bedürfnissen entgegengekommen sei (vgl. ebd.: 122ff., 138f.). Im Prinzip traf das Argument der Repräsentationslücke aber nicht nur die SPD, sondern alle demokratischen Parteien und Akteure, die in ihrer Selbstbeschreibung der »Mitte« zuzuordnen waren. Die Reaktionen darauf waren durchaus unterschiedlich, kulminierten aber in einigen wichtigen Punkten, die mit dem Heimatbegriff geframt wurden: Es sollte eine Politik der Anerkennung für Lebensleistungen gemacht werden, die auf der faktischen Ebene auf die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse zwischen Arm und Reich, Modernisierungsgewinnern und -verlierern, Zugewanderten und Einheimischen, Etablierten und Außenseitern, Metropolen und abgehängten Regionen zielten.

Neu entstandene Heimatministerien (z.B. in NRW) begreifen die Fragen zum gesellschaftlichen Zusammenhalt sowie die Sorge um strukturschwache ländliche Räume und abgehängte städtische Milieus vorwiegend als infrastrukturpolitische Aufgaben in Richtung Raumplanung, Bauen, Landes- und Regionalentwicklung, »und sie haben Kultur im Gepäck. ›Heimat-Fonds‹, ›Heimat-Werkstätten‹, ›Heimat-Preise‹, ›Heimat-Zeugnisse‹, ›Heimatbotschafter‹ bedienen sich als neue Formate kultureller Themen und Inhalte, um Heimatengagement und -verbundenheit zu stärken« (Sievers et al. 2020: 20).

Diese Aktivitäten einer offiziellen Beheimatungspolitik wurden in der kulturpolitischen Debatte kontrovers diskutiert und im Hinblick auf ihre Gelingensbedingungen und Ergebnisse kritisch beobachtet, was auch Thema des Kulturpolitischen Bundeskongresses 2019 war. Ein zentrales Ergebnis dieser Beobachtungen war – nicht überraschend –, dass die materielle bzw. finanzielle Ausstattung von Regionen, Kommunen und öffentlichen (Kultur-)Einrichtungen essenziell, aber nicht hinreichend ist. Als darüber hinaus wichtig erkannt wurden öffentliche Debatten – möglichst geführt an Dritten Orten –, qualitätsvolle Partizipations- und kulturelle Bildungsangebote sowie Kooperationen zwischen öffentlichen, zivilgesellschaftlichen und privatwirtschaftlichen Akteuren auf allen Politik-ebenen. Daneben wurde die »soziale Dimension von Heimat, die sowohl in individuellen Beziehungen als auch in kollektiven Erfahrungen, Erzählungen und überregionalen Verflechtungen gründet« (ebd.: 20f. mit Bezug auf Danielzyk/Priebs 2020), als genauso fundamental betrachtet wie die Gewinnung eines ethisch fundierten Heimatbegriffes mit einer »integrative[n] Komplexität [...]«, die ohne Diffamierungen und Exklusionen auskommt« (Holl 2020: 217).

Kritische Positionen

Im bundesweiten Diskurs während der Konzeptionsphase des Kulturpolitischen Bundeskongresses und auch beim Kongress selbst gab es sehr kritische Positionen, die mehrheitlich den Begriff »Heimat« als sinnvolle politische Kategorie ablehnten. Eine der Keynote-Speaker*innen des Kongresses, die Soziologin Bilgin Ayata, hatte in ihrer Kritik des Heimatbegriffes darauf verwiesen, dass Heimat eine interne und eine externe Dimension habe, der deutsche Diskurs aber nur die interne Dimension – »Debatten über den Islam, die Ängste der Abgehängten, die AfD, Migration und Flucht, das Heimatministerium etc.« – problematisiere. Dabei sei Heimat bereits zur Zeit des Kolonialismus benutzt worden, um »eine affektive Kernbindung zwischen Kolonie und Metropole« (Ayata 2020: 41) zu erzeugen. Heute müsse man den Blick auf die »Externalisierungspolitik der Grenzsicherung der EU« richten, die »zu einer stetigen Ausweitung der EU-Grenzen auf den afrikanischen Kontinent« sowie unter anderem zur »Kriminalisierung und Verweigerung von Seenotrettung« (ebd.: 42) geführt habe. Jens Adam betonte, es gebe »keinen unschuldigen Blick von ›Heimat‹. Die Orte, die Nostalgie oder die emotionalen und sozialen Bindungen«, die er umschreibe, seien »verwoben mit Politik und Nationalismus, mit ideologisch unterlegten Bildungsplänen und selektiven Erinnerungspraxen, mit Geschichten der Ausgrenzung und Gewalt, mit Konstruktionen und Ausblendungen sozialer Beziehungen« (Adam 2020: 128).

Eine globale Perspektive, so Adam mit Verweis auf Achille Mbembe, verweise uns im »Zeitalter planetarischer Verflechtung« auf die »Konsequenz eines Bündels von Prozessen – etwa der Effekte kolonialer Ausbeutungszusammenhänge, der globalen Ausdehnung eines Turbo-Kapitalismus, der zunehmenden Digitalisierung unserer Alltage, neuer Formen der Kriegsführung und der Vielzahl von Migrationsbewegungen« (ebd.). Wolfgang Thierse, der ähnlich wie Jens Adam auf die ungleiche Verteilung von Chancen auf Beheimatung verwies, benannte allerdings »die radikalen Veränderungsprozesse, die von vielen Menschen als bedrohlich empfundenen Beschleunigungen und Entgren-

zungen, die der Begriff Globalisierung zusammenfasst, die Migrationsschübe, die Veränderungen der Arbeitswelt durch die digitale Transformation, die Ängstigungen durch Terrorismus, Gewalt, kriegerische Konflikte, insgesamt das Erleben einer ›Welt in Unordnung‹ als Gründe für verstärkte Bedürfnisse nach »Vergewisserungen« und »Verankerungen« (Thierse 2020: 57), die in der Sehnsucht nach Heimat zum Ausdruck kommen. Nach seiner Auffassung müsse auf die Bedürfnisse nach Beheimatung mit einer Politik und Kultur der Beheimatung reagiert werden (vgl. ebd.: 59).

Was bleibt?

Was hat die Heimatdebatte letztendlich gebracht? Das befriedigend zu beantworten wäre eine überaus herausfordernde Aufgabe. Noch ist kein eindeutiges Ergebnis des von Andreas Reckwitz 2019 diagnostizierten Paradigmenwechsels zu verzeichnen. Er hielt damals diejenigen politischen Protagonist*innen, die er heute als Verlustmanager bezeichnet, für ein Symptom der Übergangsphase und nicht für die Richtungsgeber zukünftiger Spielarten der liberalen Demokratie. Es sieht aktuell allerdings nicht danach aus, dass die Heimatbedürfnisse derjenigen abgenommen hätten, die mit Heimat nationale Größe, westlich-männliche Dominanz und die Herstellung überschaubarer Verhältnisse verbinden. Im Gegenteil: Die neue Rechte und ihre politischen Repräsentant*innen haben über Jahre hinweg kulturelle Infrastrukturen und Medien ausgebildet, die ihnen die Meinungsbildung ihrer Adressat*innen zunehmend erleichtert. Wahlerfolge des »autoritären Nationalradikalismus«⁶ werden ein sukzessives Vordringen in die vielfältigen Akteursnetzwerke der Kulturpolitik ermöglichen, was dem Untertitel des Kulturpolitischen Bundeskongresses »Heimat als kulturpolitische Herausforderung« vermutlich eine neue Dimension geben wird. Dann wird konkret über die zukünftige Ausrichtung von Kulturpolitik in den Ländern und Kommunen, in den Kunst- und Kulturverbänden, -institutionen, -stiftungen und -fonds, in den Medien und Feuilletons zwischen Akteursgruppen zu streiten sein, zwischen denen sich »Brandmauern« befinden. Die Versuche, dem Heimatbegriff eine progressive Konzeption zu hinterlegen, sind mittlerweile weitgehend eingestellt worden. Nicht eingestellt wurde jedoch die intensive Arbeit an den konkreten Bedarfen, die in den Jahren um 2018 mit der Heimatthematik verbunden wurden. Für die Kulturpolitische Gesellschaft war dies insbesondere die Arbeit an der kulturellen Transformation von Politiken, Institutionen und Identitäten, die sich unter anderem als Engagement für die Weiterentwicklung der pluralistischen Demokratie mit offeneren Institutionen und vielfältigeren Gestaltungsmöglichkeiten, einer sensibleren kulturellen Anerkennungspolitik, einer Aufwertung ländlicher Räume als kulturpolitische Gestaltungsaufgabe und als nachhaltiger Einsatz für eine lebenswerte Umwelt im Klimawandel äußerte.

6 Vgl. Wilhelm Heitmeyer; Christoph Davis Piorkowski: »Autoritärer Nationalradikalismus«, in: Deutschland Archiv vom 16.12.2023, <https://www.bpb.de/themen/deutschlandarchiv/522277/autoritaerer-nationalradikalismus/> (letzter Zugriff: 6.1.2025).

Literatur

- Adam, Jens (2020): »Heimat verlernen? Perspektiven für eine postnationalstaatliche Kulturpolitik«, in: IfK 2020, S. 125–136
- Ayata, Bilgin (2020): »Deheimatize It!«, in: IfK 2020, S. 39–43
- Aydemir, Fatma; Hengameh Yaghoobifarah (Hg.) (2019): *Eure Heimat ist unser Albtraum*, mit Beiträgen von Sasha Marianna Salzmann, Sharon Dodua Otoo, Max Czollek u. a., Berlin: Ullstein
- Danielzyk, Rainer; Axel Priebs (2020): »Räume entwickeln – Heimat gestalten!«, in: IfK 2020, S. 191–198
- Eribon, Didier (2016): *Rückkehr nach Reims*, Berlin: Suhrkamp
- Friedman, Michel; Harald Welzer (2020): *Zeitenwende. Der Angriff auf Demokratie und Menschenwürde*, Köln: Kiepenheuer & Witsch
- Holl, Christian (2020): »Heimat für alle«, in: IfK 2020, S. 217–223
- Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft e.V. (Hg.) (2020): *Jahrbuch für Kulturpolitik 2019/20*, Thema: Kultur.Macht.Heimaten. Heimat als kulturpolitische Herausforderung, Bielefeld: transcript
- Knoblich, Tobias J. (2020): »Zur Evolution der Heimat. Heimaten als kulturpolitische Herausforderung«, in: IfK 2020, S. 45–49
- Lätzel, Martin (2020): »Eine Sache der Hoffnung. Kulturpolitische Implikationen zu Heimat und Identität«, in: IfK 2020, S. 95–103
- Mau, Steffen; Thomas Lux; Linus Westheuser (2023): *Triggerpunkte. Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft*, Berlin: Suhrkamp
- Merkel, Wolfgang (2016): »Bruchlinien. Kosmopolitismus, Kommunitarismus und die Demokratie«, in: *WZB Mitteilungen: Offen? Abgeschottet? Neue gesellschaftliche Konfliktlinien*, Nr. 154, S. 11–14
- Nachtwey, Oliver (2016): *Die Abstiegs-gesellschaft. Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne*, Berlin: Suhrkamp
- Nassehi, Armin (2019): »Editorial«, in: Armin Nassehi; Peter Felixberger (Hg.): *Kursbuch 198: »Heimatt«*, Hamburg: Kursbuch Kulturstiftung 2019
- Paoli, Guillaume (2017): *Die lange Nacht der Metamorphose. Über die Gentrifizierung der Kultur*, Berlin: Matthes und Seitz
- Reckwitz, Andreas (2024): *Verlust. Ein Grundproblem der Moderne*, Berlin: Suhrkamp
- Reckwitz, Andreas (2019): *Das Ende der Illusionen. Politik, Ökonomie und Kultur in der Spätmoderne*, Berlin: Suhrkamp
- Reckwitz, Andreas (2017): *Die Gesellschaft der Singularitäten. Zum Strukturwandel der Moderne*, Berlin: Suhrkamp
- Reckwitz, Andreas (2013): »Die Erfindung der Kreativität«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 141, II/2013, S. 23–34
- Sievers, Norbert; Ulrike Blumenreich; Sabine Dengel; Christine Wingert (2020): »Einleitung«, in: IfK 2020, S. 17–27
- Strommenger, Anna (2024): »Sozialdemokratie und Heimat. Geschichte und Gegenwart eines ambivalenten Verhältnisses«, in: *Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte*, Ausgabe 7/8/2024, <https://www.frankfurter-hefte.de/artikel/sozialdemokratie-und-heimat-4031-1/> (letzter Zugriff: 31.12.2024)

Thierse, Wolfgang (2020): »Kulturpolitik als Politik der Beheimatung«, in: IfK 2020, S. 57–61